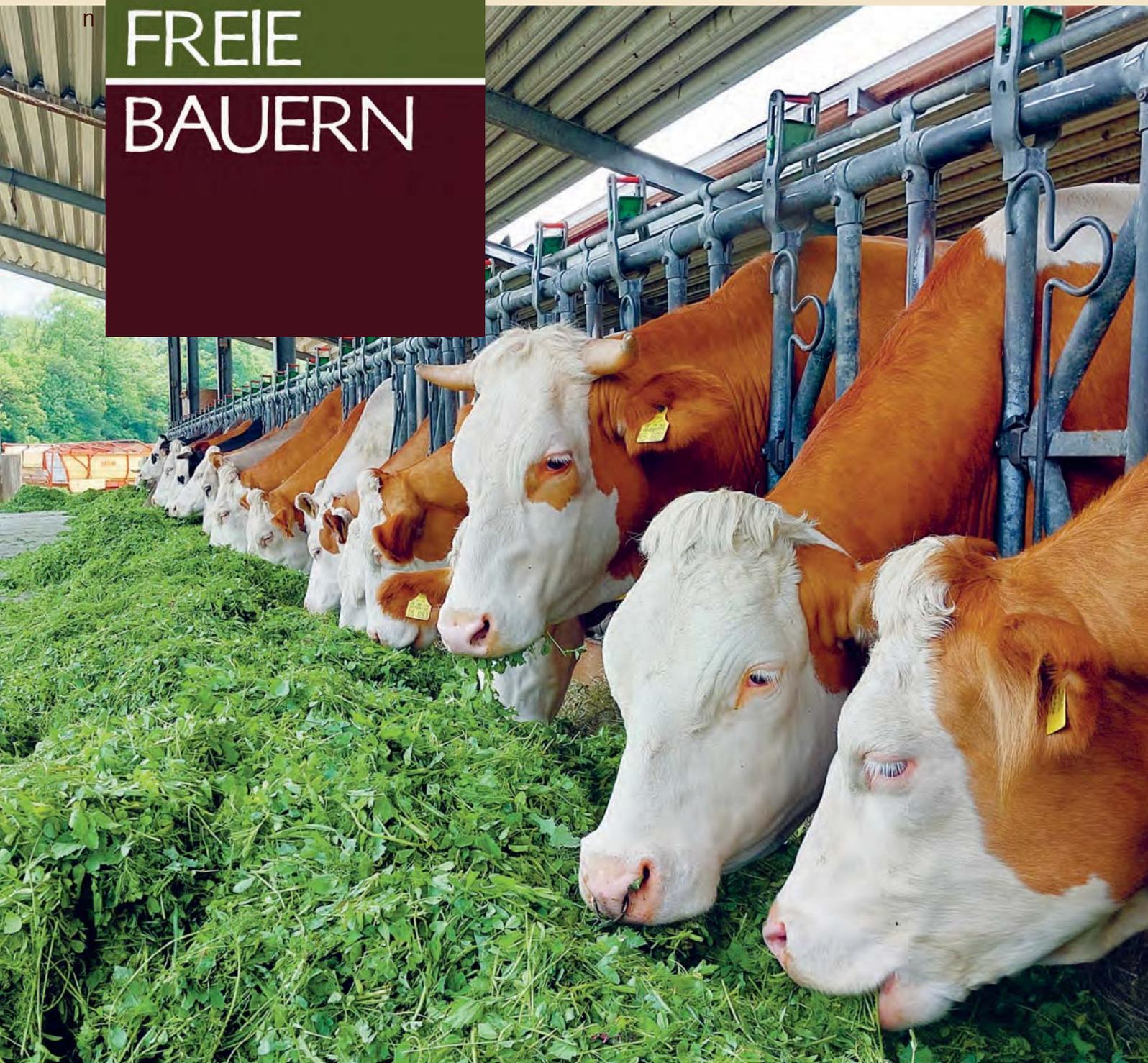


FREIE BAUERN



Wir müssen nicht die Welt ernähren / FREIE BAUERN an Ophelia Nick: Jetzt gemeinsam vorankommen? / Gegen Energie-Embargo – Betriebe brauchen Stabilität / Landwirtschaft eignet sich nicht als Inflationsbremse / Grüne Fehlsteuerung zulasten von Regionalität / FREIE BAUERN Mahnwache auf dem G7-Agrarminister-Gipfel in Stuttgart / Volkswagen muss sich für fleisch- und milchfreies Marketing entschuldigen / Kampagne: Wir lieben die Natur, unsere Tiere und leckeres Essen / Özdemirs seltsame neue Offenheit für Gentechnik / FREIE BAUERN werfen Özdemir vor, sinnlose Rote-Gebiete-Auflagen an der Öffentlichkeit vorbei durchzupeitschen / Initiative in Niedersachsen usw: GAP-Konditionalitäten anpassen / Initiative in Brandenburg: Jagddruck erhöhen, Zerschlagung der Jagdgenossenschaften verhindern / FREIE BAUERN unterstützen Überlegungen zur Entflechtung der Monopole ...

FREIE BAUERN Deutschland

Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe
Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze OT Lennewitz
Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201
kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Josef Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm
Stellvertretender Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreuz OT Krielow
Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen
Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzenhausen OT Ziegenhagen
Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipfheim

Bundesgeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:
Reinhard Jung, Telefon 038791-80200, reinhard.jung@freiebauern.de
Referentin für Fachthemen und Kommunikation:
Frieda Simon, Telefon 0174-1801177, frieda.simon@freiebauern.de
Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:
Anja Giesen, Telefon 0170-5554908, anja.giesen@freiebauern.de

Landesvertretung Brandenburg (Vorstand Bauernbund Brandenburg):

Landessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreuz OT Krielow
Stellvertretender Landessprecher: Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsau
Weiteres Mitglied: Thomas Kiesel, 16845 Wusterhausen/Dosse OT Barsikow
Weiteres Mitglied: Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow
Weiteres Mitglied: Jens Gerloff, 16866 Kyritz OT Ganz
Weiteres Mitglied: Ulf Simon, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch
Weiteres Mitglied: Dirk Schulze, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim
Weiteres Mitglied: Frank Michelchen, 15910 Unterspreewald OT Leibsch
Weiteres Mitglied: Matthias Kurth, 03205 Calau OT Settinchen
Weiteres Mitglied: Reinhard Benke, 14806 Planetal OT Mörz

Landesvertretung Niedersachsen:

Landessprecher: Fokko Schumann, 26524 Hage OT Berumbur
Stellvertretender Landessprecher: Cord Meyer, 27367 Böttersen
Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar
Weiteres Mitglied: Christian Müller, 29378 Wittingen OT Eutzen
Weiteres Mitglied: Jens Soeken, 26629 Großefehn OT Timmel
Landesreferentin: Sara Collmann, Telefon 0172-5352195, sara.collmann@freiebauern.de

Landesvertretung Baden-Württemberg:

Landessprecher: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier
Stellvertretender Landessprecher: Anton Abele, 73497 Tannhausen
Weiteres Mitglied: Markus Federolf, 74632 Neuenstein OT Kleinhirschbach
Weiteres Mitglied: Christine Knobloch-Hiller, 70597 Stuttgart OT Degerloch
Weiteres Mitglied: Andreas Schmid, 76187 Karlsruhe OT Maxau

Wir müssen nicht die Welt ernähren

Liebe Berufskollegen,

ich möchte mich bei Euch dafür bedanken, dass wir Politik machen können. Bei den ehrenamtlich Aktiven genauso wie bei den Mitgliedern, die ihren Beitrag leisten und damit alle zusammen ermöglichen, dass es wieder eine schlagkräftige bäuerliche Berufsorganisation in Deutschland gibt. Wie wertvoll das ist, wurde mir erst kürzlich bewusst: Als die WhatsApp-Helden der Szene in fast schon hysterischen Video-Botschaften die alleinige Verantwortung für die drohende Hungerkrise in Nordafrika bei Özdemir abladen, kam man sich richtig unmoralisch vor, wenn man noch den Dialog mit dem grünen Bundeslandwirtschaftsministerium suchte. Als dann aber aus denselben Kreisen einige Erlesene für eine Dreiviertelstunde bei Özdemir vorgelassen wurden (Seite 12), tobten wahre Begeisterungstürme in den WhatsApp-Gruppen, wie wichtig man doch sei, dass man dem Minister die Hand schütteln durfte. Ich danke Euch, dass wir ruhig und professionell Politik machen können, ohne auf billige Effekte und schnellen Beifall schießen zu müssen. Das hat etwas mit Vertrauen zu tun, auch mit Glaubwürdigkeit, und ist ein ganz großer Wert, den wir uns in den letzten zwei Jahren gemeinsam erarbeitet haben.



In diesen zwei Jahren haben wir immer gesagt, dass wir eine starke heimische Landwirtschaft brauchen, um unser Land zu ernähren. Wenn wir auf unserem von Gott gesegneten Standort Flächen stilllegen oder extensivieren, machen wir uns schuldig daran, dass anderswo auf der Welt Menschen verhungern oder Regenwälder brennen. Wir müssen nicht die Welt ernähren: bei einem Selbstversorgungsgrad von gerade mal 90 Prozent wäre schon viel gewonnen, wenn wir den Armen dieser Welt keine Lebensmittel mehr wegkaufen würden. Die derzeit angespannte Versorgungslage bestätigt daher nur unseren Kurs, auf eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft vor Ort zu setzen. Dass diejenigen „Berufsvertreter“, die in der Vergangenheit jeden noch so faulen Kompromiss eingegangen sind, wenn es nur genug Ausgleichszahlungen, Förderprogramme oder Bauernmilliarden dafür gab, heute am lautesten nach Industrialisierung und Exportorientierung schreien, juckt uns nicht. Wir pflügen weiter eine gerade Furche – weil wir genau wissen, was der Schlüssel zu hoher Produktivität ist, nämlich viele selbständige Bäuerinnen und Bauern.

Und deshalb arbeiten wir unsere agrarpolitischen Forderungen Schritt für Schritt ab, die wir im Oktober letzten Jahres in die Koalitionsverhandlungen eingebracht haben, weil wir uns vorstellen konnten, dass wir sie unter einer grünen Regierungsbeteiligung durchsetzen können. Bei Themen der Agrarstruktur und der Wertschöpfung gab es immer Überschneidungen mit den Grünen. Jetzt nicht zumindest auszuloten, ob wir da vorankommen, wäre unprofessionell. Bei Themen der Produktion hatten wir uns nie Illusionen darüber gemacht, mit den Grünen auch nur zu einer Annäherung zu kommen. Dass wir hier aktuell eine harte Auseinandersetzung führen, liegt vor allem daran, dass sich unter dem Eindruck der stark steigenden Inflation neue Chancen ergeben, unsere Argumente etwa pro Düngung und Pflanzenschutz vorzubringen, und Özdemir gewaltig unter Druck steht. Dass er dabei keine besonders gute Figur macht, ist offensichtlich, aber für uns kein Grund, übereilt auf Konfrontationskurs zu gehen. Harte Kritik in der Sache schließt nicht aus, dass man weiterhin – vorerst – versucht, zu Gesprächsergebnissen zu kommen, die uns nützen.

An unseren Bemühungen lassen wir Euch in diesem Rundbrief vielleicht ein bisschen mehr teilhaben als sonst ... auch weil es möglicherweise zu einem Strategiewechsel kommen wird. Die Summe an Un- und Halbwahrheiten, mit denen der Bundeslandwirtschaftsminister unseren Berufsstand seit seiner Amtseinführung beleidigt hat, ist inzwischen in eine Größenordnung gewachsen, dass die Zugeständnisse, die wir uns von ihm noch erhoffen, schon erheblich und handfest sein müssen. Auf unserem Deutschlandtreffen in Ziegenhagen, das zum Erscheinungstermin dieses Rundbriefs bereits hinter uns liegt, werden wir über diese Fragen intensiv diskutiert haben. Ich möchte Euch gerne deutlich machen, dass wir keine leichtfertigen Entscheidungen treffen. Wir werden immer gesprächsbereit bleiben, aber wir werden einer Ampel-Koalition, die wir mit konstruktiven Vorschlägen begrüßt haben, auch nicht endlos hinterherlaufen. Nicht wir brauchen Özdemir, sondern Özdemir braucht uns für seinen politischen Erfolg. Unsere Betriebe sind stark, unsere Produkte sind wertvoll und wir sind freie Bauern. Das wird der Minister lernen müssen.

Euer Alfons Wolff (Bundessprecher der FREIEN BAUERN)

*Agrarpolitische **Interessenvertretung**, wenn sie denn überhaupt eine Chance haben soll, findet selten in der Öffentlichkeit statt – das eigentliche Gespräch ist dabei entscheidend, aber am zeitaufwändigsten sind die inhaltliche Vorbereitung und Nachbereitung, mit der wir versuchen, tatsächlich Einfluss zu nehmen. Die Präsentation gegenüber den Mitgliedern kommt demgegenüber immer zu kurz, deshalb heute mal eine tabellarische **Auflistung** aus den letzten drei Monaten: Cem Özdemir und Steffi Lemke haben unsere Gesprächsangebote bisher ignoriert, aber wir hatten einen vierstündigen Termin mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium Opelia Nick (Grüne) auf dem Hof unseres stellvertretenden Bundessprechers Marco Hintze, an dem auch Peter Guhl, Reinhard Jung und Frieda Simon teilnahmen, Alfons Wolff war krankheitsbedingt verhindert, hier ging es um grundsätzliche Fragen der Zusammenarbeit, dazu später mehr. Mit dem agrarpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Gero Hocker hat Reinhard Jung ein Gespräch in Berlin und zwei längere Telefonate geführt,*



hier ging es um Wertschöpfung und Entflechtung. Mit der agrarpolitischen Sprecherin der linken Bundestagsfraktion Ina Latendorf haben Peter Guhl und Reinhard Jung auf dem Hof Guhl ein ausführliches Gespräch über Grundsatzfragen geführt. Videokonferenzen zum Kennenlernen gab es mit mehreren neuen Bundestagsabgeordneten: Alfons Wolff, Reinhard Jung und Frieda Simon sprachen mit Niklas Wagener und Anne-Monika Spallek von den Grünen und mit Bernd Schattner und Frank Rinck von der AfD. Um die nationale Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik ging es bei Kontakten auf Länderebene: Christian Linne sprach in Hannover mit der niedersächsischen Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast (CDU), siehe Foto links. Marco Hintze, Lutz Wercham, Reinhard Jung und Frieda Simon sprachen auf dem Hof Hintze mit dem brandenburgischen Landwirtschaftsminister Axel Vogel (Grüne) und seiner Staatssekretärin Anja Boudon. Alfons Wolff, Peter Guhl und Reinhard Jung sprachen in Schwerin mit der mecklenburg-vorpommerschen Staatssekretärin Elisabeth Assmann (SPD). Einen

ausführlichen Termin hatten Fokko Schumann und Sara Collmann bei dem niedersächsischen Staatssekretär Ludwig Theuvsen (CDU) in Hannover, unter anderem zu den Themen Gesellschaftsvertrag, Eiweißpflanzen, Weideprämie und Moorschutz. Weitere Kontakte von Fokko Schumann gab es mit dem niedersächsischen Umweltminister Olaf Lies und der agrarpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Karin Logemann (beide SPD).

Von entscheidender Bedeutung war der Termin mit Ophelia Nick, die wir schon vor der Bundestagswahl kennengelernt hatten. Die Fachkompetenz und Ernsthaftigkeit, die wir bei Özdemir manchmal vermissen, ist bei ihr auf jeden Fall vorhanden, und so waren wir zunächst optimistisch, nachdem wir in angenehmer Gesprächsatmosphäre erneut viele Gemeinsamkeiten feststellen konnten. Allerdings haben wir auch zum Ausdruck gebracht, dass angesichts der zahlreichen durch ihren Minister verursachten Irritationen bei den Konsens-Themen dringend Nägel mit Köpfen gemacht werden müssen.

FREIE BAUERN an Ophelia Nick: Jetzt gemeinsam vorankommen ?

(06.05.2022) Liebe Ophelia,

eine Woche ist unser gutes intensives Gespräch in Krielow nun her, bei dem wir viele Themen ansprechen und teils auch tiefer erörtern konnten. Wir haben inzwischen darüber nachgedacht und unsere Überlegungen in eine Struktur gebracht, die ich Dir heute schicke in der Hoffnung, dass unser Treffen nur der Auftakt zu einer künftigen Zusammenarbeit war.

In der Einschätzung der Folgen des Ukraine-Krieges für Agrarmärkte und Versorgungssicherheit liegen wir auseinander. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass unser Konzept einer ökologischen Intensivierung der deutschen Landwirtschaft (Importstopp für Soja und Palmöl, Pflanzprogramm für 10.000 Kilometer Hecken und Baumreihen, Siedlungsprogramm für 1.000 Neugründer im Obst- und Gemüsebau, dafür Schluss mit allen Stilllegungen und Extensivierungen und ungerechtfertigten Auflagen bei Düngung, Pflanzenschutz und Tierhaltung) nicht nur die angemessene Antwort auf die angesprochene Vielzahl der Krisen wäre, sondern dem Minister auch eine Chance bieten würde, darauf ohne Glaubwürdigkeitsverlust zu reagieren.

Wir haben dargestellt, dass der gegenwärtige Kurs des Ministers im Berufsstand auf Unverständnis trifft und es deshalb umso wichtiger ist, in Themenbereichen, wo zwischen uns weitgehend Konsens besteht, schnell zu greifbaren Ergebnissen zu kommen. Natürlich sind wir mit 1370 Mitgliedern vergleichsweise klein, allerdings organisatorisch und inhaltlich gut aufgestellt und als unabhängige Interessenvertretung weit fester im Berufsstand verankert als andere noch kleinere Protagonisten, die sich derzeit als bequeme Partner andienen. Wenn der Minister erfolgreich sein will, braucht er zumindest bei einem Teil der Themen zumindest einen Teil der Bauern, die konstruktiv mitarbeiten. Und er benötigt externe Expertise, um Widerstände und Blockaden der Ministerialbürokratie zu überwinden. Beides können wir bieten.

Als mögliche gemeinsame Punkte haben wir bei unserem Gespräch identifiziert:

1. Agrarstrukturelles Leitbild im Agrarbericht: Ende 2022 muss die Bundesregierung in einem neuen Agrarbericht unter anderem ihre agrarpolitischen Ziele und Weichenstellungen darlegen. Dieser sollte ein klares Bekenntnis enthalten zu einer Agrarstruktur, die von vielen selbständigen ortsansässigen Landwirten und einer breiten Streuung des Eigentums an landwirtschaftlichen Flächen geprägt wird. Die Fokussierung auf natürliche Personen, die den Beruf des Landwirts in Eigenverantwortung

mit räumlichem Bezug ihres Hauptwohnsitzes zum Betriebssitz ausüben, beschränkt nicht die unternehmerische Freiheit hinsichtlich Rechtsform oder Betriebsgröße, bezieht aber präzise Stellung gegen den Ausverkauf der Landwirtschaft an anonyme Holdings überregionaler Investoren und wird damit als Bezugspunkt für bodenrechtliche Entscheidungen unmittelbar wirksam.

2. Einbeziehung von Anteilerwerben in die Grunderwerbsteuer: Für Anteilerwerbe an juristischen Personen, die über landwirtschaftliche Nutzfläche verfügen, sollte grundsätzlich und vollständig Grunderwerbsteuer erhoben werden. Die gegenwärtige, lediglich den Erwerb von über 90 Prozent der Anteile innerhalb von 10 Jahren berücksichtigende Regelung ist eine massive Wettbewerbsverzerrung zugunsten überregionaler Investoren und zulasten selbständiger ortsansässiger Landwirte. Außerdem entgehen den Ländern dadurch Steuereinnahmen im Milliardenhöhe.
3. Höfeordnung als landwirtschaftliches Sondererbrecht: Die den Hofnachfolger von übermäßigen Abfindungsansprüchen weichender Erben entlastende Höfeordnung sollte als landwirtschaftliches Sondererbrecht bundesweit ausgedehnt werden. Bisher gilt sie nur als partielles Bundesrecht in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein sowie als Landesrecht (unser Erfolg) in Brandenburg. Durch den Wegfall der Einheitswerte und Ersatzwirtschaftswerte im Zuge der Grundsteuerreform bis 2025 besteht hier ohnehin Handlungsbedarf.
4. Modernisierung der Milchlieferbeziehungen: Die Bundesregierung sollte auf der Grundlage des Artikels 148 der gemeinsamen Marktordnung eine Verordnung erlassen, die für die Lieferbeziehungen zwischen Milcherzeugern und Molkereien verpflichtende schuldrechtliche Verträge vorschreibt, in denen vorab Mengen, Preise und Qualitätsmerkmale zu vereinbaren sind. Nur auf diese Weise kann ein funktionierender Wettbewerb wiederhergestellt werden, an dem die Milcherzeuger durch Mengenbündelung vor der Verarbeitungsstufe gleichberechtigt teilnehmen. Hier kann 1 : 1 auf den Antrag der grünen Bundestagsfraktion vom Mai 2021 zurückgegriffen werden.
5. Stabilisierung des Stallbauprivilegs durch Obergrenzen: Bei der anstehenden Änderung des Baurechts sollten nicht nur Erleichterungen für Außenklimaställe, sondern auch Beschränkungen für Großmastanlagen durchgesetzt werden, die immer wieder für Akzeptanzprobleme von Tierhaltung im ländlichen Raum sorgen und damit das bäuerliche Stallbauprivileg in Gefahr bringen. Aus unserer Sicht ist es sachgerecht, Bauvorhaben oberhalb der Tierzahlen, die einer verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen, grundsätzlich der kommunalen Bauleitplanung zu unterwerfen, wobei der Bestandsschutz für Altanlagen gewährleistet sein muss.
6. Ausnahmeregelung zur Sanierung von BHV1-positiven Rinderherden: Das Tötungsgebot für gesunde Rinderbestände, bei denen Tiere BHV1-positiv getestet wurden, sollte ergänzt werden um die Möglichkeit, die betroffenen Herden in einem angemessenen Zeitraum unter Verwendung der eigenen Nachzucht zu sanieren. Komplette Bestandskeulungen sind ethisch fragwürdig, ökonomisch unverhältnismäßig und vor allem zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Seuchenschutzes praktisch nicht mehr erforderlich.
7. Ausschluss von Gentechnik und Laborfleisch: Die Bundesregierung sollte eine klare Aussage treffen, dass sie in dieser Legislaturperiode keine rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zulassung von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen oder Nutztieren in der Landwirtschaft und von künstlich hergestelltem Fleisch in der menschlichen Ernährung schaffen wird. Dahingehende Bestrebungen von großen Konzernen, wesentliche Teile der Lebensmittelversorgung mittels patentierter Verfahren unter ihre Kontrolle zu bringen, müssen ernst genommen und aus grundsätzlichen Erwägungen der Versorgungssicherheit abgewehrt werden.

Ophelia Nick mit Marco Hintze und Peter Guhl (von hinten) bei einer guten Rinderbratwurst in Krielow



Diese Punkte würden wir gern mit dem Minister als Programm zur Sicherung der bäuerlichen Landwirtschaft in der Krise vereinbaren. Wir sind uns dessen bewusst, dass die notwendigen Schritte nicht allein in seiner Hand liegen, halten aber eine unmissverständliche Absichtserklärung für dringend geboten, um überhaupt Vertrauen

zwischen Bundesregierung und Berufsstand aufzubauen. Diese sollte dann zügig durch konkrete Zusammenarbeit untermauert werden, in die wir uns gern intensiv einbringen. Nach den für die gesamte Landwirtschaft schwierigen, für die Tierhalter geradezu verheerenden letzten Jahren und all den großen Ankündigungen und leeren Versprechungen der letzten Bundesregierung, erwarten die von der Politik frustrierten Berufskollegen endlich Taten. Dass die Experten der Zukunftskommission möglicherweise in die falsche Glaskugel geschaut haben, zeigt sich in der Krise immer deutlicher. Tatsächlich zukunftsweisend wäre es, würde sich der Minister über die aufgeführten Punkte hinaus auch in den großen ökonomischen Fragen auf die Seite der Bauern stellen gegen die Marktmacht der Monopole in den vor- und nachgelagerten Bereichen und gegen den Preisdruck durch Importe aus Staaten mit niedrigeren sozialen und ökologischen Standards – Stichworte Entflechtungsgesetz und Freihandelsabkommen.

Liebe Ophelia, an uns soll es nicht liegen, wie Du weißt. „Unsere Hand bleibt ausgestreckt, aber irgendwann wird einem der Arm lahm“ haben wir im letzten Rundbrief unter ein Bild von Cem Özdemir und Steffi Lemke geschrieben. Oder wie wir in Krielow gemeinsam festgestellt haben: Nicht nur die Regierenden stehen unter einem immensen Erwartungsdruck, auch wir als Berufsvertretung müssen unseren Mitgliedern immer wieder erklären, warum wir noch Hoffnungen mit dieser Bundesregierung verbinden. Deshalb wäre es sehr wichtig, dass wir zu den oben aufgeführten Punkten oder mindestens wesentlichen Teilen davon in den nächsten vier Wochen eine solche Vereinbarung treffen. Bitte setz Dich dafür ein, dass wir jetzt gemeinsam vorankommen.

Viele Grüße aus Lennewitz
Reinhard

Natürlich haben wir auf dieses Schreiben eine Reaktion erhalten, diese enthält aber nicht die konkreten Zusagen, die wir unmissverständlich eingefordert haben. Inzwischen gibt es einen Anschlusstermin mit Ophelia Nick zum Thema Milchlieferbeziehungen, zu denen unter anderem auch wir geladen sind. Die Ergebnisse standen zu Redaktionsschluss noch nicht fest. Fakt ist allerdings, mehr als ein halbes Jahr nach Amtseinführung der neuen Bundesregierung, hat diese überhaupt nichts zugunsten der Landwirtschaft vorzuweisen, lediglich eine Vielzahl von ideologisch motivierten Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen, die eine vertrauensvolle Zusammenarbeit immer unwahrscheinlicher machen.

FREIE BAUERN gegen Energie-Embargo: Betriebe brauchen Stabilität

(05.04.2022) Die FREIEN BAUERN haben die Bundesregierung eindringlich vor dem derzeit diskutierten totalen Energie-Embargo gegen Russland gewarnt: „Bei einem Ende der Gaslieferungen würde die jetzt schon extreme Inflation völlig außer Kontrolle geraten mit unabsehbaren Folgen für die gesamte Wirtschaft“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Bereits heute würde den bäuerlichen Betrieben mit rasant gestiegenen Diesel- und Düngerkosten ein viel zu hohes Risiko aufgebürdet, so der 56jährige Milchviehhalter aus dem mecklenburgischen Vorderhagen: „Verantwortliche Politik muss in dieser Krise für faire und kalkulierbare Produktionsbedingungen sorgen. Es ist niemandem geholfen, wenn unsere Wirtschaft infolge der Sanktionen zum Erliegen kommt.“

Grundsätzlich begrüßen die FREIEN BAUERN eine Verteuerung der Energiekosten, weil dadurch ein sparsamer Umgang mit den endlichen fossilen Rohstoffen und eine Aufwertung der zu 99 Prozent aus Sonnenenergie erzeugten landwirtschaftlichen Produkte bewirkt werden könne, argumentiert Guhl. Diese Entwicklung dürfe sich aber nicht, wie gegenwärtig, als harter Bruch vollziehen: „Um die richtigen ökonomischen Entscheidungen auf dem Acker und im Stall zu treffen – und damit unseren Beitrag zur Versorgungssicherheit in der Krise zu leisten – brauchen wir ein Mindestmaß an Stabilität.“ Alle Anstrengungen sollten deshalb darauf gerichtet sein, bestehende Energiequellen zu sichern und auszubauen, fordert Guhl: „Außerdem müssen systemrelevante Branchen wie Landwirtschaft und Logistik in dieser kritischen Situation entlastet werden, wie in vielen anderen europäischen Ländern schon geschehen. Die Mineralölsteuer auf Agrardiesel gehört ausgesetzt, zumindest übergangsweise.“

FREIE BAUERN: Die Landwirtschaft eignet sich nicht als Inflationsbremse



Fair ohne Monopole: Direktvermarktung geht leider nicht immer

(20.04.2022) Die FREIEN BAUERN haben die Marktmacht der Monopole als Hauptursache für steigende Lebensmittelpreise angesprochen. „Es ist richtig und dringend notwendig, dass die Erzeugerpreise für unsere landwirtschaftlichen Produkte steigen“, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN:

„Aber diese machen nur einen kleinen Bruchteil dessen aus, was der Verbraucher im Laden bezahlt. Dazwischen füllen sich Lebensmittelkonzerne und Handelsketten die Taschen.“ Deshalb eigne sich Landwirtschaft nicht als Inflationsbremse – vielmehr müsse durch Entflechtung der marktbeherrschenden Unternehmen mehr Wettbewerb hergestellt werden, argumentiert der 61jährige Ackerbauer aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt: „Wenn etwa statt der vier Großen Edeka, Aldi, Lidl und Rewe 40 Anbieter konkurrieren müssten, wäre das von Vorteil für Bauern und Verbraucher und für unsere ganze Volkswirtschaft.“

Die durch den Krieg in einer einzigen Agrarregion ausgelöste weltweite Versorgungskrise zeige überdeutlich, wie gering auch bisher schon die Überschüsse auf den landwirtschaftlichen Rohstoffmärkten waren, mit denen die Monopole Preise drücken und Bauern ausbeuten konnten, stellt Wolff fest: „Unsere Betriebe haben schwierige Zeiten hinter sich, in denen kostendeckende Produktion kaum möglich war, insbesondere für die Schweinemäster und Milcherzeuger. Dazu kommen die enormen Preissprünge bei Diesel und Dünger, von denen wir noch überhaupt nicht wissen, wie sie sich auf die Betriebsergebnisse auswirken werden.“ Verantwortungsvolle Agrarpolitik müsse jetzt vor allem Stabilität in die heimische Produktion bringen und den Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln erhöhen, mahnen die FREIEN BAUERN.

„Wir haben in der Ampel-Koalition durchaus Chancen gesehen und sehr konkrete Vorstellungen zur Entflechtung der Monopole, zur Modernisierung der Lieferbeziehungen und zu einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel vorgelegt“, erinnert Wolff an das Forderungspapier von FREIEN BAUERN, BDM, Milchboard, LSV und AbL vom Oktober letzten Jahres. Dass Landwirtschaftsminister Cem Özdemir bislang keinerlei Initiative erkennen lasse, um die Stellung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette zu verbessern, wirke irritierend: „Wir verzeihen vieles, was aus Unkenntnis über die landwirtschaftliche Praxis gesagt wird, aber wir brauchen irgendwann mal Signale, dass diese Bundesregierung irgendwas besser machen will als ihre Vorgängerin.“

FREIE BAUERN befürchten grüne Fehlsteuerung zulasten von Regionalität

(26.04.2022) Die FREIEN BAUERN, Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland, haben Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir vor einer gefährlichen Fehlsteuerung gewarnt. „Die Mehrwertsteuer für Fleisch auf 19 Prozent zu erhöhen und gleichzeitig die Mehrwertsteuer für Obst und Gemüse komplett abzuschaffen, wäre das genaue Gegenteil der von den Grünen bisher so hochgehaltenen Regionalität“, sagte Jann-Harro Petersen von den FREIEN BAUERN Schleswig-Holstein. Während sich Deutschland bei Fleisch selbst versorgen könne, werde das hierzulande verbrauchte Obst und Gemüse derzeit zu mehr als 70 Prozent eingeführt, klärt der 44jährige Milchviehhalter aus dem nordfriesischen Tating auf: „Özdemir würde mit dieser Strategie also unter hohen Standards erzeugte heimische Lebensmittel verteuern und Billigimporte aus dem Ausland weiter verbilligen.“ Das sei weder sozial verträglich noch klimapolitisch verantwortbar, insbesondere wenn man bedenkt, dass bei Obst und Gemüse vor allem Wasser transportiert wird.

Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Agrarmärkte hätten gezeigt, dass regionale Versorgung mit Lebensmitteln in den Mittelpunkt der Agrarpolitik rücken müsse, so Petersen: „Wir fordern seit langem eine Reduzierung der Soja-Importe aus Übersee, um unseren Ackerbau zu stärken und unsere Tierhaltung auf eigener Futterbasis zu stabilisieren, und wir würden natürlich auch ein großangelegtes Siedlungsprogramm begrüßen, mit dem neue Betriebe im Obst- und Gemüsebau entstehen.“ In der gegenwärtigen Krise seien nicht ideologische Scheuklappen gefragt, sondern konstruktive Vorschläge für deutsche Ernährungssouveränität, meinen die FREIEN BAUERN und wünschen sich von Özdemir mehr Interesse an den praktischen Konsequenzen von Politik. Der von Zukunftskommission und Borchert-Kommission geplante radikale Abbau der Tierhaltung passe jedenfalls nicht mehr in eine Zeit, in der die Versorgungslücke nicht beliebig durch Weltmarktüberschüsse geschlossen werden kann, ist Petersen überzeugt: „Wer die heimische Landwirtschaft schwächt, riskiert Hunger und soziale Spannungen – auch in unserem Land.“

Eine zentrale Rolle für die Ernährungssicherheit kommt der **Versorgung mit Düngemitteln** zu. Hier hat Christian Linne am 12. Mai an einer Videokonferenz des Bundesministeriums teilgenommen. Sein Eindruck war, dass die Vertreter von Industrie und Handel stark zu Wort kamen. Deshalb hat er betont, dass der Ruf nach Liquiditätshilfen beim Düngereinkauf von der Industrie kam und von uns als durchsichtiges Manöver zur weiteren Gewinnsteigerung gewertet wird. Anstelle von rückzahlungspflichtigen Krediten oder staatlichen Beihilfen forderte Linne bessere Rahmenbedingungen für die deutsche Landwirtschaft in einem Marktumfeld, wo zu realistischen Preisen Dünger eingekauft werden kann: 1. Entflechtung der Düngemittelindustrie, vorzubereiten durch eine Sektoruntersuchung des Bundeskartellamtes (Verweis auf außerordentliche Gewinne der Konzerne trotz höherer Produktionskosten, K+S AG hob seine Kerngewinnprognose für das Gesamtjahr im April um 40 Prozent an). 2. Ausbau der natürlichen Ressourcen durch Stärkung der Tierhaltung und der Eiweißfutterpflanzen, um wertvollen Wirtschaftsdünger aus dem Stall und aus der Luft zu sichern (Sojaimporte reduzieren, Freihandelsabkommen verhindern, Herkunftskennzeichnung einführen). 3. Deregulierung der Düngung, die unter den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen ohnehin extrem sparsam stattfindet, so dass Lagerkapazitäten und Sperrfristen entfallen können. 4. Priorisierung der Düngerproduktion bei der Energieversorgung im Fall von Engpässen, 5. ggf. Aussetzung von Importzöllen und Erhebung von Exportzöllen, um die heimische Versorgung zu sichern.

Premiere ganz oben in der Medienaufmerksamkeit: Am 10. April konnte Peter Guhl in **Tagesschau** und Bericht aus Berlin verdeutlichen, dass Özdemirs Vorstellungen von Extensivierung und Versorgung nicht zusammenpassen. Öffentliches Interesse erhofften sich auch unsere Baden-Württemberger vom Stuttgarter G7-Gipfel der Landwirtschaftsminister am 13. Mai, wo sie deshalb eine Mahnwache anmeldeten, um dem Minister und seinen Kollegen den Wert der bäuerlichen Tierhaltung vor Ort näher zu bringen.

FREIE BAUERN wollen Özdemir und G7-Gästen echte Landwirtschaft zeigen

(11.05.2022) Wenn Cem Özdemir am Freitag seine internationalen Gäste zur G7-Agrarministerkonferenz auf Schloß Hohenheim bei Stuttgart begrüßt, erwartet ihn eine Mahnwache der FREIEN BAUERN Baden-Württemberg. „Versorgungssicherheit braucht starke bäuerliche Tierhaltung“, sagt Landessprecher Thomas Frenk, der zu der Aktion aufgerufen hat, und lädt den Minister und sein Gefolge auf den nur zehn Autominuten entfernten Milchviehbetrieb der Familie Hiller in Stuttgart-Degerloch ein. Özdemir möge endlich aufhören, durch falsche oder widersprüchliche Aussagen den Eindruck zu erwecken, man könne mit weniger Tieren mehr Menschen ernähren, verlangt Frenk. Statt seine Gäste durch den Botanischen Garten zu führen und ihnen Projekte der in Stuttgart-Hohenheim ansässigen Universität zu zeigen – wie im Programm vorgesehen – sollte sich der Minister einen realistischen Eindruck vor Ort machen, so der FREIE-BAUERN-Vertreter: „Ihr Problem ist nicht die agrarwissenschaftliche Theorie, sondern die landwirtschaftliche Praxis.“ Um einer drohenden Nahrungsmittelknappheit wirksam zu begegnen, müsse der Minister seine ideologischen Scheuklappen ablegen und konstruktiv mit denen reden, die Nahrungsmittel produzieren. „Reden Sie mit uns, nicht über uns“ bittet Jung-Landwirtin Helena Hiller (Foto) in einer über die sozialen Medien verbreiteten Videobotschaft, mit der die FREIEN BAUERN nach Stuttgart-Hohenheim einladen. Die Mahnwache beginnt am Freitag um 8.30 Uhr auf dem Parkplatz Fruwirthstraße in Sichtweite des Tagungsortes Schloß Hohenheim.



FREIE BAUERN vor dem Stuttgarter G7-Gipfel: Regionale Lebensmittelerzeugung ist das Gebot der Stunde

(13.05.2022) Die FREIEN BAUERN, Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland, haben anlässlich des G7-Gipfels in Stuttgart-Hohenheim eine Abkehr von der Globalisierung gefordert. „Wir haben jahrelang vergeblich gewarnt, dass weniger regional erzeugte Lebensmittel brennende Regenwälder in Übersee zur Folge haben“, sagte Thomas Frenk, Landessprecher der FREIEN BAUERN Baden-



Württemberg: „Jetzt steht der Hunger vor der Tür, auf jeden Fall eine galoppierende Inflation, deshalb brauchen wir eine klare Kurswende.“ Freihandelsabkommen wie CETA, TTIP und Mercosur dürften auf keinen Fall abgeschlossen werden, im Gegenteil müsse angesichts des Ukraine-Konfliktes alles unternommen werden, um die Versorgung der Bevölkerung aus heimischer Landwirtschaft zu sichern.

Enttäuscht zeigte sich Frenk darüber, dass Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir die Einladung der FREIEN BAUERN zu einem Besuch auf dem nahe gelegenen Milchviehbetrieb der Familie Hiller ausgeschlagen hat: „Die hohen Herren müssen in Zeiten wie diesen nicht durch den Botanischen Garten spazieren. Wir hätten ihnen gerne die Bedeutung einer starken Tierhaltung für die Versorgungssicherheit erklärt.“ Dass gerade bei Özdemir noch erheblicher Informationsbedarf besteht, zeige sich in dessen peinlichen Aussagen zum Thema, so Frenk: „Wenn der Minister bei Maischberger verkündet, man brauche für die Produktion von einem Kilo Schweinefleisch fünf Kilo Getreide, so ist das schlicht falsch. Die meisten Betriebe brauchen nichtmal drei Kilo Futter, nicht alles davon ist Getreide und das wenigste für den menschlichen Verzehr geeignet.“ Frenk führt auch den Bericht aus Berlin an, in dem sich Özdemir erst für eine Verringerung der Tierzahlen und wenige Sätze später für mehr Wirtschaftsdünger aussprach, offenbar ohne den Widerspruch zu bemerken.

Fleisch aus regionaler Erzeugung gab es auch ohne ministerialen Besuch auf der Mahnwache, denn Frenk, der im badischen Nonnenweier nicht nur Ackerbau und Milchviehhaltung betreibt, sondern auch einen Teil seiner Produkte direkt vermarktet, hatte auf dem Parkplatz vor Schloß Hohenheim einen Grill aufgebaut. Beim knusprigen Steak konnten sich Teilnehmer und Journalisten über das Konzept der FREIEN BAUERN zur ökologischen Intensivierung der Landwirtschaft informieren. Frenk: „Ein Importstopp für Soja und Palmöl, ein Pflanzprogramm für 10.000 Kilometer Hecken und Baumreihen und ein Siedlungsprogramm für 1000 Obst- und Gemüsebetriebe, dafür Schluss mit allen Stilllegungen und Extensivierungen und ungerechtfertigten Auflagen bei Düngung, Pflanzenschutz und Tierhaltung – unser Angebot an den Minister bleibt bestehen.“ Um die Herausforderungen der Krise zu bewältigen, brauche Özdemir die Bauern, argumentiert der 44-jährige Landwirtschaftsmeister selbstbewusst und rät dem grünen Minister dringend, nicht weiter an den grünen Berufen vorbeizuregieren.

FREIE BAUERN zur G7-Verlegung: Friedliche Demonstranten werden in die Nähe von Terroristen gerückt

(14.05.2022) Die FREIEN BAUERN haben von Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl eine sofortige umfassende Aufklärung über die Verlegung der G7-Agrarministerkonferenz von Schloss Hohenheim an einen geheimen Ort gefordert. „Es kann nicht sein, dass friedlich demonstrierende Bauern dadurch in die Nähe von Terroristen gerückt werden“, sagte Politikreferent Reinhard Jung und reagierte damit auf den Polizeihinweis, die heutige Traktordemonstration habe den Ausschlag für die Sicherheitsmaßnahme gegeben. Die FREIEN BAUERN hatten gestern auf einer polizeilich genehmigten Mahnwache vor Schloss Hohenheim in Stuttgart eine Einladung an Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir ausgesprochen, sich auf einem nahe gelegenen Milchviehbetrieb über die Bedeutung der bäuerlichen Tierhaltung für die Lebensmittelversorgung zu informieren – völlig grundlos hatte der Minister sie daraufhin im SWR-Interview am Abend als „radikalen Rand“ bezeichnet. Auf der heutigen, von LSV Baden-Württemberg angemeldeten Demonstration mit 20 Traktoren hing unter anderem ein Transparent „Herr Özdemir, wir sind kein radikaler Rand“. Er könne nicht erkennen, weshalb sachlich vorgetragene Kritik an der Politik des Ministers die Sicherheit einer internationalen Konferenz beeinträchtige, so Jung: „Wir möchten von den zuständigen Stellen Rechenschaft darüber, weshalb diese Entscheidung getroffen wurde, die nicht nur friedliche Demonstranten in ein falsches Licht rückt, sondern auch den Steuerzahler einen mindestens fünfstelligen Betrag kostet.“

Özdemirs Patzer im Südwestfunk, in dem er unsere Mahnwache als „radikalen Rand“ der Bauernschaft darstellte, obwohl er die Frage völlig souverän hätte kontern können, löste eine Welle der Solidarität in den sozialen Medien aus, die den Minister zwang, Entgegenkommen zu zeigen. Bezeichnenderweise erhielten aber nicht wir einen Wahlkreistermin bei Özdemir, sondern LSV Baden-Württemberg – und diejenigen, die sonst immer gerne „gemeinsam stark“ sein wollen, hielten es natürlich nicht für nötig, uns mit ins Boot zu holen. Die Rechnung ging auf und ein schönes Foto vom Minister mit fünf stolzen Schwaben ging durchs Netz, die dem hohen Herrn die Hand schütteln durften, Inhalte Fehlanzeige, statt dessen die starke Botschaft, Dialog sei wichtig. ☺ Das Thema Tierhaltung haben wir inzwischen noch auf einer anderen Ebene bearbeitet und dem VW-Konzern veganen Wahnsinn vorgehalten, stellvertretend für den Mainstream der Dummheit, der beim Automobilhersteller in unerträgliche Dreistigkeit umgeschlagen ist:

FREIE BAUERN verlangen Entschuldigung von Volkswagen für fleisch- und milchfreies Marketing

(14.04.2022) Die FREIEN BAUERN haben vom VW-Konzern eine Entschuldigung für dessen Verleumdung der bäuerlichen Tierhalter gefordert. „Die Spende für die Nabu-Wolfskampagne konnte man noch als missglückte Anspielung auf den Standort Wolfsburg durchgehen lassen, aber die fleischfreie Betriebskantine seit August letzten Jahres und die Anfang diesen Monats angekündigte milchfreie Bewirtung im Stadion des von VW finanzierten VfL Wolfsburg lassen ein Muster erkennen“, sagte Cord Meyer von den FREIEN BAUERN Niedersachsen: „Mit der billigen Marketing-Lüge, tierische Produkte seien pauschal klimaschädlich, betreibt der Abgas-Betrüger Volkswagen Greenwashing auf Kosten der vielen redlichen Bauernfamilien, die auf ihren Höfen Nutztiere halten und unsere Bevölkerung in der Krise mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen.“

Dass der Fußballverein inzwischen zurückgerudert ist und neben dem veganen Ersatzprodukt auch wieder echte Milch anbieten will, reicht dem 56jährigen Schweinemäster aus Böttersen nicht: „Nach wie vor steht die Verleumdung im Raum und VW wirbt mit seiner fleischfreien Kantine.“ Meyer hat sich deshalb an Konzernchef Herbert Diess gewandt und einen Presstetermin vorgeschlagen, entweder auf seinem Hof oder bei einer Currywurst in der Wolfsburger Kantine: „Herr Diess sollte Zeit mitbringen, da ich nicht nur die Entschuldigung entgegnehme, sondern auch beabsichtige, ihn über die Bedeutung der bäuerlichen Tierhaltung für natürliche Stoffkreisläufe und regionale Wertschöpfung aufzuklären.“ Der Manager eines Unternehmens, das massenhaft Treibhausgase freisetzt, sollte sich mit der Kohlendioxid-speicherung durch Photosynthese auseinandersetzen, um zu verstehen, weshalb die Landwirtschaft inklusive Futterbau für Tiere weitgehend klimaneutral arbeitet.

Im VW-Konzern sei vielleicht noch nicht angekommen, was für einen Schaden die fortgesetzte Verleumdung angerichtet habe, vermutet Meyer und denkt bereits über einen volkswagenfreien ländlichen Raum nach, falls Diess die Entschuldigung verweigern sollte: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass unsere Mitglieder und ihre Freunde dann noch einen neuen VW kaufen werden. Und für diejenigen, die ihr Auto zuende nutzen wollen, gibt es natürlich Möglichkeiten, das Emblem unkenntlich zu machen, damit sich niemand mehr schämen muss.“ Mit ein paar Milchtüten in der Volkswagen-Arena werden sich die FREIEN BAUERN jedenfalls nicht abpeisen lassen, so Meyer.

VW und Bauern, was nun? Der Konzern hat sich nicht entschuldigt, wir bereiten eine kleine Kampagne vor: Freut Euch auf Juli, hier schonmal ein Vorgeschmack:

Wir lieben die Natur, unsere Tiere und leckeres Essen

Nutztiere gehören zu einer bäuerlichen Landwirtschaft mit natürlichen Kreisläufen und regionaler Wertschöpfung. Auf unseren Familienbetrieben werden sie artgerecht gehalten und mit heimischem Futter ernährt.



Die Behauptung, unsere Nutztiere würden Umwelt und Klima schädigen, ist eine Lüge. Die Menschen und Tiere, die wir ernähren, können gar nicht mehr CO₂ ausstoßen als die von uns dafür angebauten Pflanzen über Photosynthese binden. Auch das angeblich so schädliche Methan der Rinder wird in der Atmosphäre nach einigen Jahren zu CO₂ abgebaut. Wer diese Kreisläufe anzweifelt, will nur ablenken vom eigentlichen Problem, dem hemmungslosen Verbrauch fossiler Rohstoffe in den reichen Ländern.

Milch, Fleisch und Eier gehören zu einer gesunden und ausgewogenen Ernährung. Ohne Nutztiere hätten wir nicht nur weniger leckeres Essen. Wir hätten vor allem weniger Essen, viele Menschen müssten hungern. Auf dem natürlichen Grünland wächst ausschließlich Gras – für den Menschen ungenießbar, für Rinder und Schafe wunderbares Futter. Auf dem Acker bauen wir in jeder gesunden Fruchtfolge auch Futterpflanzen an wie Mais, Bohnen, Erbsen, Lupinen oder Ackergras. Bei der Lebensmittelverarbeitung entstehen Reststoffe wie Rapsschrot, Rübenschnitzel, Biertreber oder Weizenkleie – auch diese lassen sich verfüttern. Genau wie nicht backfähiges Getreide, das zu feucht geerntet wurde. Sollen wir das alles in Zukunft wegschmeißen? Nicht zuletzt verdanken wir unseren Nutztieren wertvolle organische Dünger wie Gülle, Jauche oder Stallmist, die Humus und Nährstoffe für einen lebendigen Boden liefern.

Es gibt auch Missstände in der Tierhaltung: Die massenhafte Einfuhr von billigem südamerikanischem Soja, oft gentechnisch verändert, lehnen wir ab. Ebenso den Bau sehr großer Mastanlagen, die meist von überregionalen Investoren betrieben werden, nicht von Bauern. Gegen solche Formen der Tierhaltung wehren wir uns. Aber wir lassen uns unsere bäuerliche Tierhaltung nicht schlechtreden, schon gar nicht von einem Autokonzern. Auf unseren Familienbetrieben leben wir mit den Tieren, kümmern uns täglich darum, dass es ihnen gut geht. Wir produzieren echte Lebensmittel aus natürlichen Ressourcen und regionaler Wirtschaftskraft, keine mit exotischen Zutaten und chemischen Zusätzen aufgepeppten Ersatzprodukte aus der Industrie. Wir lieben die Natur, unsere Tiere und leckeres Essen!

FREIE BAUERN kritisieren Özdemir für offenen Gentechnik-Kurs

(07.04.2022) Die FREIEN BAUERN haben mit Sorge auf die von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir bekundete Offenheit gegenüber der Grünen Gentechnik reagiert. „Wenn der Minister angesichts einer massiven PR-Kampagne für die so genannten neuen Züchtungstechnologien jetzt plötzlich mögliche Chancen hervorzaubert, um aktuellen Herausforderungen zu begegnen, so zeugt das nicht nur von Haltungslosigkeit, sondern vor allem von einer erschreckenden Unwissenheit über Landwirtschaft, kritisiert Ralf Ehrenberg vom Bundesvorstand der FREIEN BAUERN: „Gentechnik hat noch nirgendwo auf der Welt geholfen, Erträge zu sichern oder zu steigern, sondern immer nur mit flüchtigen Kostenvorteilen dafür gesorgt, dass Bauern in Abhängigkeit von der Industrie gerieten.“ Wenn Özdemir die Versorgung sichern wolle, müsse er die falsche Agrarpolitik der letzten Jahre korrigieren, die mit grüner Unterstützung auf sinnlose Einschränkungen bei Düngung und Pflanzenschutz, auf Extensivierung und Stilllegung ausgerichtet wurde, so der 50jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen: „Gänseblümchen kann man leider nicht essen.“

Obwohl die Grüne Gentechnik bisher verboten ist, werden in Deutschland mit ganz normaler konventioneller Landwirtschaft durchschnittliche Erträge erzielt, die weit über denen von Gentechnik-Regionen liegen, begründen die FREIEN BAUERN ihre ablehnende Haltung. Ehrenberg: „Das liegt nicht nur an unserem von der Natur gesegneten Land, das wir bitte wieder zu hundert Prozent bewirtschaften wollen, sondern es liegt vor allem am Fleiß und Können unserer Bauern.“ Bei Zulassung der Grünen Gentechnik würde das Patentrecht gelten, Agrarbetriebe müssten Lizenzgebühren an die Hersteller zahlen und könnten nicht mehr über ihr Saatgut verfügen, warnt Ehrenberg. Hinzu kämen ökologische Risiken und eine nachvollziehbare Skepsis vieler Verbraucher gegenüber der künstlichen Veränderung des Erbguts. Dass



Özdemir zur Zeit viel über das Thema lese, beruhigt Ehrenberg nicht wirklich: „Der Minister sollte sich besser nicht die aus industriellen Drittmitteln bezahlten Studien geschmeidiger Wissenschaftler reinton, sondern mit uns Praktikern sprechen und sich informieren, wie wir seit vielen Jahrzehnten erfolgreich Ackerbau betreiben.“

Hohe Erträge sind ohne Gentechnik möglich – wir Bauern müssen nur die Eigentümer des Saatguts bleiben

FREIE BAUERN werfen Özdemir vor, neue sinnlose Rote-Gebiete-Auflagen an der Öffentlichkeit vorbei durchzupeitschen

(06.06.2022) Die FREIEN BAUERN haben die öffentliche Beteiligung zur vom Bundeslandwirtschaftsministerium vorgelegten Verwaltungsvorschrift über die Ausweisung belasteter Gebiete nach Düngeverordnung als „Farce“ bezeichnet. „Bei Gebietsabgrenzung, Messnetz und technischen Anforderungen handelt es sich um eine hoch komplexe, in den letzten Jahren extrem kontrovers diskutierte Materie“, sagte Fokko Schumann, Landessprecher der FREIEN BAUERN Niedersachsen, der zusammen mit Jens Soeken den Vorgang bearbeitet hat: „Wenn Özdemir von über 60 beteiligten Verbänden verlangt, dass sie zu einem aus heiterem Himmel versandten 35seitigen Referentenentwurf innerhalb nur eines Tages Stellung nehmen sollen, kann niemand mehr ernsthaft glauben, dass der Minister an der Meinung der Betroffenen interessiert wäre.“ Es dränge sich vielmehr der Verdacht auf, dass die Ministerialbürokratie hier einen mit den einschlägigen Lobbyisten ausgearbeiteten Plan an der Öffentlichkeit vorbei durchpeitschen wolle, so der Landwirt aus dem ostfriesischen Berumbur. Nachfolgend eine erste Einschätzung zu dem Entwurf, die wir trotz der Kürze der Zeit abgegeben haben:

Vielen Dank für die Zusendung Ihres Schreibens vom heutigen 2. Juni 2022. Die Möglichkeit einer Beteiligung an der dringend notwendigen Neufassung der betreffenden Verwaltungsvorschrift nehmen wir gern wahr, bitten jedoch um Fristverlängerung für unsere Stellungnahme um fünf Tage, d. h. bis zum 8. Juni 2022. Wir bitten um Bestätigung innerhalb der ursprünglichen Frist. Trotz dieser immer noch knapp bemessenen Fristverlängerung wird eine Befassung der weiteren Gremien in dem von Ihnen mitgeteilten Zeitplan als möglich erachtet. Wir weisen darauf hin, dass innerhalb der von Ihnen festgelegten Frist von nur einem Tag faktisch eine Sichtung, Auswertung und Bewertung des Entwurfs sowie eine Stellungnahme zum Entwurf nicht möglich sind. Die Frist von nur einem Tag ist weder als Beteiligung unseres Verbandes im Sinne der §§ 62 iVm 47 GGO, noch zur Wahrung unseres grundrechtsgleichen Anspruchs auf rechtliches Gehör analog Art 103 GG ausreichend. Angesichts des Umfangs der übersandten Unterlagen und der Komplexität der Materie wird das von Ihnen gewählte Prozedere rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht gerecht. Erforderlichenfalls werden wir die Verletzung unserer Rechte und die erfolgten Verfahrensfehler vor dem Bundesrat, anderen Behörden und zuständigen Gerichten geltend machen.

Dies vorangestellt möchten wir nach cursorischer Durchsicht und auf Grundlage des jetzigen Kenntnisstandes zum Entwurf wie folgt vorläufig Stellung nehmen, wobei eine abschließende und ggf. abweichende Stellungnahme vorbehalten bleibt: 1. Die Anwendung des Geostatistischen Verfahrens wird begrüßt. Die dafür erforderliche Verdichtung und technische Ertüchtigung des Messstellennetzes bis 2028 wird zur Kenntnis genommen. Eine Ausweisung von belasteten Gebieten auf der Grundlage anderer, offensichtlich ungeeigneter Verfahren in der Zwischenzeit widerspricht jeder Logik und kann nicht akzeptiert werden, zumal die Verdichtung und technische Ertüchtigung des Messstellennetzes seit der Novelle der Grundwasserverordnung von 2010 hätte erfolgen müssen und die Betriebe nicht für das bisherige Versäumnis der Behörden in Haftung genommen werden dürfen. Daraus folgt eine konsequente Anwendung des Geostatistischen Verfahrens ab sofort, zunächst wo funktionsfähige Messstellen zur Verfügung stehen, und dann sukzessive im Kontext mit der Verdichtung und technischen Ertüchtigung. 2. Der völlige Wegfall des Verursacherprinzips kann nicht akzeptiert werden und öffnet einer willkürlichen Schädigung der Betriebe Tor und Tür. Statt den von der EU-Kommission zur Eingrenzung von belasteten Gebieten abgelehnten emissionsbasierten Ansatz aufzugeben, sollte man ihn als transparentes Instrument zur betriebsindividuellen Auflagenbefreiung weiterentwickeln. Betriebe, die nachweisen – im Normalfall

über eine zusätzliche Stoffstrombilanz, bei komplizierteren Betriebsverhältnissen (mehr als 2 GV pro ha oder aufnehmender/abgebender Betrieb) über flächenbezogene Nährstoffbilanzen – dass sie aufgrund ihrer Wirtschaftsweise die Belastungen nicht verursacht haben können, dürfen nicht in ihrer Wirtschaftsweise eingeschränkt werden. 3. Die Betrachtung der denitrifizierenden Verhältnisse ist unwissenschaftlich und beruht auf Annahmen, die natürliche Gesetzmäßigkeiten ausblenden. Keinesfalls können Einschränkungen in tatsächlich unbelasteten Gebieten akzeptiert werden, um eine hypothetische Belastung in ferner Zukunft auszuschließen. Zusammenfassend ist festzustellen: Der Entwurf enthält eine Vielzahl von Unklarheiten und zielt im Ergebnis nicht auf eine Verbesserung der Grundwasserqualität. Mit seinen teilweise willkürlichen Verfahren zur Behinderung einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft steht er vielmehr im Widerspruch zu den übergeordneten Zielen Ernährungssicherheit und Klimaschutz.

*Die **FREIEN BAUERN Niedersachsen** haben in einem Schreiben an Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast Vorschläge gemacht, wie durch Nutzung von auf Landesebene bestehenden Spielräumen die größten Fehler der europäischen Agrarpolitik (GAP) abgemildert werden können. Gleichlautende Briefe wurden auch von unseren Aktiven in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg an die Agrarminister versendet. Christian Linne, der das niedersächsische Schreiben verfasst hat: „Wir hoffen, dass durch das Engagement der Bundesländer etwas mehr Vernunft einkehrt in die europäische Agrarpolitik, obwohl deren Ausrichtung auf Stilllegung und Extensivierung natürlich im Grundsatz unvernünftig bleibt.“ Nachfolgend das Schreiben im Wortlaut:*

FREIE BAUERN an Landesminister: GAP-Konditionalitäten anpassen

(21.05.2020) Sehr geehrte Frau Otte-Kinast,

im Nachgang zu unserer Unterredung vom Dienstag dieser Woche möchte ich Ihnen herzlich für Ihre Initiative danken, die Länderermächtigungen bei der Ausgestaltung der GAP-Konditionalitätenverordnung im Sinne einer ertragreichen niedersächsischen Landwirtschaft zu nutzen, und Ihnen für die anstehenden Verhandlungen viel Erfolg wünschen. Zumal wir auf Bundesebene nur zögerliche Zugeständnisse an die grundlegend veränderte Versorgungslage wahrnehmen, sehen wir das Agieren der Bundesländer als im Augenblick einzige Chance, die aus unserer Sicht falschen Weichenstellungen der GAP zumindest in den Teilbereichen zu korrigieren, wo sie nicht nur der guten fachlichen Praxis, sondern auch dem gesunden Menschenverstand widersprechen. Besonders in den folgenden drei Punkten halten wir Anpassungen für unbedingt erforderlich und möchten Sie gerne unterstützen:

§ 17 Mindestanforderungen an die Bodenbedeckung in den sensibelsten Zeiten: Auf Flächen mit einer Bodenwertzahl höher 39 sollte alle drei Jahre im Rahmen des Fruchtwechsels ausnahmsweise von der Pflicht zur Bodenbedeckung abgesehen werden. Die Winterfurche vor einer Frühjahrskultur hat zahlreiche ackerbauliche Vorteile: Durch die Bodenruhe und Frostgare in diesem Zeitfenster wird auf natürlichem Wege eine krümelige Bodenstruktur erreicht, die zur Frühjahrbestellung nur noch flach nachbearbeitet werden muss. Ohne Winterfurche lassen sich schwere Standorte im Frühjahr oft nicht mehr rechtzeitig bearbeiten. Um überhaupt ein Saatbett zu schaffen, bedarf es dann einer deutlich aufwändigeren Bodenbearbeitung. Für ein suboptimales Ergebnis würde deutlich mehr Diesel verbraucht und ein großer Teil des im Winter gespeicherten Wassers ginge verloren, das die jungen Pflanzen gerade im Frühjahr dringend brauchen. Ohne Frühjahrskultur wiederum lassen sich bestimmte Problemgräser und -unkräuter wie der Ackerfuchsschwanz und in Zukunft vermutlich vermehrt die Kamille gar nicht mehr

mechanisch zurückdrängen, was dann zu einem erhöhten Aufwand an chemischem Pflanzenschutz führt – bis hin zu Totalverlusten, wenn die zur Verfügung stehenden Wirkstoffe dafür nicht mehr ausreichen. Die ständige Bodenbedeckung durch Winterkulturen, Zwischenfrüchte oder Erntereste ist gute fachliche Praxis auf leichten Standorten – als pauschale Anforderung für alle Böden schadet sie nur.

§ 18 Fruchtwechsel auf Ackerland: Auf Ackerland sollte ausnahmsweise von der Pflicht zum Fruchtwechsel abgesehen werden, wenn der Betrieb mindestens fünf Kulturen auf jeweils mindestens fünf Prozent seines Ackerlandes anbaut und nicht mehr als ein Drittel der im Vorjahr bestellten Fläche im Antragsjahr mit derselben Frucht bebaut werden. Der Fruchtwechsel ist elementarer Bestandteil von guter fachlicher Praxis, kein Landwirt wird seine Anbauplanung so gestalten, dass sich daraus schädliche Auswirkungen für Boden oder Pflanzen ergeben. Bei der starren Pflicht handelt es sich allerdings um eine Überregulierung, die im Einzelfall negative Folgen haben kann. Eine Ausnahmeregelung würde die Möglichkeit eröffnen, auf betriebswirtschaftliche und produktionstechnische Gegebenheiten sowie witterungsbedingte Probleme flexibel zu reagieren, ohne dass dadurch das Grundprinzip des Fruchtwechsels auf dem weit überwiegenden Teil des Ackerlandes in Frage gestellt würde.



§ 21 Anforderungen an nichtproduktive Flächen: Auf Stilllegungen sollte ausnahmsweise auch eine geschlossene Grasnarbe zugelassen werden, die im Bedarfsfall zur Futternutzung freigegeben werden kann wie aktuell durch das Bundeslandwirtschaftsministerium geschehen. Ohne Düngung und Pflanzenschutz und mit spätem Mulchtermin hat eine Grasfläche hohen ökologischen Wert, definitiv höher als der einer zufälligen Selbstbegrünung. Andererseits ist bei erforderlich werdender Futternutzung, natürlich abhängig vom Termin, wenigstens ein gewisser Futterwert vorhanden, im Gegensatz zu einer wild verunkrauteten Fläche. Durch Bodenbearbeitung und Grasaussaat vor dem Antragsjahr würde der Verdunstungsschutz und die für Humusbildung und Nährstoffversorgung wichtige gleichmäßige Verteilung und Einarbeitung der Ernterückstände gewährleistet und die Fläche bliebe in guter Kultur, so dass der anderenfalls für die Folgenutzung nötige chemische Pflanzenschutz komplett entfällt.

Gerne vertiefen wir die hier angesprochenen Themen mit Ihnen sowie auf Arbeitsebene. Das sehr informative und fruchtbare Gespräch, das unser Landessprecher und unsere Referentin Anfang des Monats mit Professor Theuvsen und den Abteilungsleitern Ihres Hauses führen durften, war ein guter Auftakt für eine künftig hoffentlich engere Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen Christian Linne

*Die **FREIEN BAUERN Brandenburg** haben in einer Stellungnahme gegenüber dem Umweltministerium ihre strikte Ablehnung zum Entwurf des neuen Jagdgesetzes zum Ausdruck gebracht. „Hier wird das gute und richtige Ziel stabiler Wälder vorgeschoben, um die Verfügungsgewalt der Landeigentümer über die Jagd auszuhöhlen“, kritisiert Landesvorstand Frank Michelchen: „Für Waldumbau bräuchten wir eigentlich eine Intensivierung der Jagd – durch die absurde und destruktive Regelung der Kleinst-Eigenjagden ab 10 Hektar würde die gezielte Bejagung der Flächen jedoch erheblich erschwert, am Ende sogar unmöglich gemacht.“ Erst Frust und Chaos schaffen, dann mit Hinweis auf das Versagen privatwirtschaftlicher*

Mechanismen die Vergabe von Jagdbezirken in die Naturschutzverwaltung ziehen, vermutet der 56jährige Ökolandwirt und Waldbesitzer aus Leibsch im Spreewald als Strategie dahinter. Michelchen: „Dass wir über die Jagd auf unserem Eigentum entscheiden können, haben wir uns 1848 gegen die Obrigkeit erkämpft und dieses Recht geben wir nicht an die neuen Feudalherren ab, die heute im grünen Gewande daherkommen und angeblich alles besser wissen über Natur und Landleben.“ Nachfolgend die Stellungnahme an den zuständigen Referenten im Ministerium, die nach intensiver Befassung von unserem Vertreter im Landesjagdbeirat Klaus Hildebrandt und unseren Vorstandsmitgliedern Frank Michelchen und Matthias Kurth erarbeitet wurde. Manchmal geschehen noch Wunder: zwei Wochen später – die Kritik war wohl übermächtig geworden – zog das Ministerium den Entwurf zurück. Wir bleiben wachsam!

FREIE BAUERN an Jagdbehörde: Jagd intensivieren statt zerstören



(22.04.2022)

Sehr geehrter
Herr Dr. Leßner,

der Entwurf zur Neufassung des Jagdgesetzes wird grundsätzlich abgelehnt aufgrund der in §§ 6, 7 und 11 enthaltenen Schwächung der Jagdgenossenschaften zugunsten von Kleinst-Eigenjagden oder aus ethischen Gründen be-

friedeten Bezirken. Die daraus folgende Zersplitterung gemeinschaftlicher Jagdbezirke würde eine ordnungsgemäße Jagd unmöglich machen. Vor allem würde erschwert, die Übersicht über die Wildbestände zu behalten und den gezielten Abschuss zu planen. Ernte- und Drückjagden wären praktisch nicht mehr durchführbar. Grenzstreitigkeiten zwischen Jägern würden sich vervielfachen. Diese Regelung ist so absurd und destruktiv, dass wir keine Idee haben, wie ein Kompromiss aussehen könnte.

Um das als Begründung vorgegebene Ziel der Wildschadensreduzierung zu erreichen, bedarf es einer Intensivierung der Jagd und entsprechender Anreize. Wir diskutieren gern über eine Stärkung der Jagdgenossenschaften gegenüber dem Jagdpächter – etwa durch kürzere Mindestpachtzeiten oder Sonderkündigungsrechte oder durch die Einsetzung von Zwangsjagdgästen bei wiederholt hohen Wildschäden. Mit der anvisierten Regelung würde jedoch genau das Gegenteil erreicht, indem die Ausübung der Jagd flächendeckend durch fachlich unsinnige Erschwernisse behindert wird und schlimmstenfalls ganz zum Erliegen kommt. Das ist nach unserer Einschätzung der eigentliche Beweggrund hinter diesem Entwurf.

Als Landwirte sind wir oft auch Waldbesitzer und haben von daher eigenes Interesse an der Vermeidung von Wildschäden im Wald. Waldumbau und Naturverjüngung werden im allgemeinen begrüßt. Allerdings schießt die Formulierung in § 19, der Aufwuchs müsse an jeder Stelle im Wald gewährleistet sein, über das eigentliche Ziel hinaus, da sie beinhaltet, dass das Wild entweder weitgehend ausgerottet oder in die landwirtschaftlichen Kulturen verjagt wird. Hier zeigt sich, dass dem Entwurf ein borniertes Verständnis von Jagd als alleiniges Werkzeug der Waldentwicklung zugrunde liegt – ohne Abwägung der vielfältigen

ökonomischen Ansprüche und ökologischen Zusammenhänge in der Kulturlandschaft. Wenn der Waldumbau diesen hohen Stellenwert besitzt, stellt sich doch die Frage, warum das Land als Eigentümer von rund 27 Prozent der Waldflächen in Brandenburg dann nicht schon lange mit gutem Beispiel vorangeht.

Natürlich lehnen wir den Entwurf nicht vollständig ab, sondern wir sehen darin auch einige gute Ansätze, die jedoch angesichts der erheblichen Auswirkungen der §§ 6, 7 und 11 kaum ins Gewicht fallen. Positiv beurteilen wir etwa die Abschaffung der Abschusspläne für Rotwild oder die Regelungsvorschläge zur Nachsuche im benachbarten Revier und zum Einsatz von Hunden in der Drückjagd. Mit Verwunderung haben wir hingegen festgestellt, dass unsere begründeten Vorschläge zur Aufnahme von Wolf, Biber und Kolkrabe ins Jagdrecht nicht berücksichtigt wurden. Mittlerweile haben durch Anstieg der Populationen auch die von Saat- und Blässgans verursachten Schäden Größenordnungen erreicht, die eine Bejagung rechtfertigen. Die jagdrechtlichen Voraussetzungen dafür sollten, unabhängig von fortbestehenden naturschutzrechtlichen Einschränkungen, bei einer Neufassung geschaffen werden.

Über alle diese fachlichen Fragen diskutieren wir gern, nachdem die absurde und destruktive Regelung der §§ 6, 7 und 11 ersatzlos gestrichen wurde.

Mit freundlichen Grüßen Reinhard Jung

FREIE BAUERN unterstützen Überlegungen zur Entflechtung der Monopole

(13.06.2022) Die FREIEN BAUERN haben die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck für eine Verschärfung des Kartellrechts begrüßt. „Der durch den vereitelten Tankrabatt offen zutage getretene Machtmissbrauch der Mineralölkonzerne ist kein Einzelfall – auch in den vor- und nachgelagerten Bereichen der Landwirtschaft verhindern Monopole den Wettbewerb zulasten von Erzeugern und Verbrauchern“, sagte Georg Straller von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Von den diskutierten Instrumenten interessiere ihn weniger die Gewinnabschöpfungssteuer, entscheidend sei eine gesetzliche Grundlage zur Entflechtung marktbeherrschender Strukturen, so der 57jährige Schweinemäster aus dem bayerischen Ipfheim: „Durch Wiederherstellung von Wettbewerb lässt sich unsere heimische Landwirtschaft stabilisieren und die Inflation eindämmen.“

Die FREIEN BAUERN hatten bereits im Januar in einer internen Studie gegenüber Bundestagsabgeordneten dargelegt, dass beim Lebensmitteleinzelhandel vier Konzerne mehr als 75 Prozent des Umsatzes unter sich ausmachen, bei den Schweineschlachtungen fünf Konzerne mehr als 68 Prozent und bei der Milchverarbeitung sechs Konzerne fast 46 Prozent. Was sich im Molkereiwesen auf den ersten Blick noch nicht ganz so dramatisch ausnehme, sei aus der Perspektive desjenigen Milchviehhalters ein echtes Problem, der für sein leicht verderbliches Produkt im regionalen Umfeld keine Alternativen mehr hat, argumentiert Straller. Die Entflechtung von Monopolen sieht er deshalb als unerlässlich für eine funktionierende Marktwirtschaft: „Hätten wir zum Beispiel statt der vier Lebensmittelriesen Edeka, Aldi, Lidl und Rewe 40 leistungsfähige, voneinander unabhängige Handelsunternehmen, wäre allen Menschen in unserem Land geholfen.“

*Kurz vor Redaktionsschluss dann doch mal eine optimistische Meldung zum Abschluss des Rundbriefes. Eine Gemeinsamkeit mit den Grünen. Jedoch, wie manch andere Gemeinsamkeit, bisher ohne konkrete Vorschläge zur Umsetzung. Von Überlegungen allein wird man nicht satt. **Euch allen eine gute Ernte!***

Und hier kommt für alle Internet-Muffel die Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan, gerne per Post an: FREIE BAUERN, Bundesgeschäftsstelle, Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitzebel

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort: Unterschrift: